

# Pressemitteilung



**BAG  
Psychiatrie**

Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Träger  
Psychiatrischer Krankenhäuser

## **Krankenhäuser in Gefahr: Inflation bedroht Zukunft der Kliniken BAG Psychiatrie unterstützt Forderungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft**

Kassel, 9. September 2022 – Die hohe Inflation und insbesondere die stark gestiegenen Energiekosten bringen die Krankenhäuser bundesweit in enorme finanzielle Bedrängnis. Es drohen Insolvenzen. Die BAG Psychiatrie unterstützt daher die Forderung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) nach einem schnellen und unbürokratischen Inflationsausgleich für die Kliniken. „Es muss für die Krankenhäuser sehr zeitnah einen Ausgleich für die explodierenden Kosten geben. Sonst ist die wirtschaftliche Stabilität vieler Häuser gefährdet – und damit auch die Versorgung unserer Patientinnen und Patienten“, bekräftigt Reinhard Belling, Vorsitzender der BAG Psychiatrie. Der Trägerverband der psychiatrischen Krankenhäuser stellt sich hinter die Kampagne „Alarmstufe ROT: Krankenhäuser in Gefahr“. Mit der Kampagne macht die DKG gemeinsam mit den Landeskrankenhausesgesellschaften auf die finanzielle Notlage der Kliniken aufmerksam.

Die hohe Inflation treffe viele psychiatrische Krankenhäuser in einer ohnehin angespannten wirtschaftlichen Lage, erläutert Belling. „Die Pandemie fordert die psychiatrischen Kliniken nach wie vor. Hohe Krankenstände und die Hygieneauflagen bedingen, dass weniger Patienten stationär behandelt werden können und damit auch weniger Einnahmen erzielt werden.“ Die Pandemie habe zudem dazu geführt, dass Patienten zum Zeitpunkt der stationären Aufnahme deutlich schwerer erkrankt seien. Dies erfordere eine intensivere Behandlung und stelle angesichts des Personalengpasses eine hohe Belastung für die Kliniken dar.

Auch die hohen Energiekosten treffen insbesondere die psychiatrischen Krankenhäuser schwer. „Psychiatrien haben aus historischen Gründen häufig eine dezentrale Gebäudestruktur und dadurch eine besonders ungünstige energetische Bilanz“, schildert Belling. Dies verursache eine überproportionale Belastung angesichts steigender Energiekosten. „Diese Kosten können die psychiatrischen Kliniken nicht einfach weitergeben. Denn die Einnahmen sind staatlich reglementiert“, erläutert Belling.

Neben einem kurzfristigen Inflationsausgleich seien auch langfristige Maßnahmen zur finanziellen Absicherung der Krankenhäuser notwendig. Die DKG fordert einerseits, dass die Bundesländer ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach ausreichender Finanzierung der Klinik-Investitionen nachkommen. Andererseits fordert die DKG einen Bürokratieabbau: Hohe Personalvorgaben verschärfen die Personalnot. Und das verbliebene Personal werde mit extremer Bürokratie überlastet. „Der Bürokratieabbau ist für uns als Träger psychiatrischer Krankenhäuser ein zentraler Punkt. Denn sie erschwert es uns, das Personal dort einzusetzen, wo wir es am dringendsten brauchen: In der Patientenversorgung“, bekräftigt Belling. Außerdem schmälere die Bürokratie die Attraktivität der Arbeitsplätze im Gesundheitswesen deutlich. „Die Bürokratie macht das Arbeiten im Gesundheitswesen unattraktiv für viele Fachkräfte, deren Motivation darin besteht, anderen Menschen zu helfen.“

Um den Forderungen an die Politik Nachdruck zu verleihen, hat die DKG eine Online-Petition gestartet. Die BAG Psychiatrie appelliert an die Öffentlichkeit, an Bürgerinnen und Bürger und an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen, die Online-Petition der DKG zu unterstützen: <http://openpetition.de/!AlarmstufeRot>

### **BAG Psychiatrie**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Fachkrankenhäuser (BAG Psychiatrie) ist bundesweit der größte Zusammenschluss zur Vertretung der Träger von Akutversorgungskliniken für psychische, psychosomatische und neuropsychiatrische Erkrankungen. Sie bildet das gesamte Trägerspektrum der Bundesrepublik Deutschland ab. Denn sie vertritt kommunale, freigemeinnützige, kirchliche, private und staatliche Träger.

Mit 65.000 Betten und tagesklinischen Plätzen repräsentiert sie rund zwei Drittel der gesamten stationären und teilstationären klinischen Versorgungskapazitäten für psychische, psychosomatische und neuropsychiatrische Erkrankungen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Viele der in der BAG organisierten Träger betreiben forensisch-psychiatrische Betten. In den Kliniken für forensische Psychiatrie behandeln sie zurzeit 12.500 Maßregelvollzugspatient/-innen.